

Die Kandersteg-Connection

Ein ungewöhnliches Quartett im Bundesrat verlangt einen Gegenvorschlag zur Initiative gegen die Hochpreisinsel

VON DORIS KLECK

Die Kritik ist hart: «Das Departement Schneider-Ammann verfolgt eine inkonsistente Politik. Es verlangt für die Agrarprodukte eine Marktöffnung und hält gleichzeitig für die Konsumgüter an einem Beschaffungszwang im Inland fest», sagt Martin Schlüpf, Leiter Wirtschaftspolitik bei der Migros. Der Lobbyist kämpft seit Jahren gegen die Hochpreisinsel Schweiz. Dafür dass der «Schweiz-Zuschlag» von ausländischen Anbietern wegfällt.

Das gleiche Ziel verfolgt die Volksinitiative für faire Preise. Ein überparteilicher Komitee aus Gewerbe- und Konsumtenschutzkreisen fordert eine Anpassung des Kartellgesetzes. Nicht nur marktbeherrschende, sondern auch «relativ marktmächtige» Firmen sollen

sanktioniert werden können, wenn sie ihre Produkte in der Schweiz deutlich teurer anbieten als im Ausland.

Die Initiative stösst im Wirtschaftsdepartement auf wenig Gegenliebe. Im federführenden Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) wertet man das Anliegen als Eingriff in die Vertragsfreiheit; die Festlegung von Preisen als unternehmerische Angelegenheit. Es ist ein offenes Geheimnis, dass das Wirtschaftsdepartement die Abschaffung von technischen Handelshemmnissen gegenüber einer Änderung des Kartellgesetzes vorzogt. Bundesrat Johann Schneider-Ammann beantragte deshalb seinen Regierungskollegen kürzlich, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen, wie die «NZZ» publik gemacht hatte. Damit lief er jedoch auf. In drei Wochen muss der Wirtschaftsminister dem Gre-

mium Vorschläge für einen Gegenvorschlag vorlegen. Dem Vernehmen nach setzte sich eine ungewöhnliche Koalition aus den beiden SP-Magistraten Simonetta Sommeruga und Alain Berset sowie Doris Leuthard (CVP) und Ueli Maurer (SVP) gegen den Wirtschaftsminister durch.

Dass die einstige Konsumentenschützerin Sommeruga mit dem Anliegen sympathisiert, ist wenig überraschend. Leuthard wiederum trieb als ehemalige Wirtschaftsministerin den Kampf gegen die hohen Preise mit der Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips voran. Und Finanzminister Maurer? Er fällt bereits seit längerem damit auf, dass er den Einkaufstourismus bekämpfen will. Ihm missfällt, dass dem Fiskus Steuereinnahmen entgehen. Zudem soll Maurer ein gutes Einvernehmen mit Casimir Platzer haben. Der Präsident von

Gastrosuisse ist Co-Präsident des Initiativkomitees und betreibt in Kandersteg ein Hotel. Also dort, wo der Zürcher SVP-Bundesrat unter der Woche wohnt und wo dieser mit Platzer auch schon beim Bier gesehen wurde.

Wenig wirksam, aber teuer

Ganz tatenlos war das Wirtschaftsdepartement indes nicht, was die Hochpreisinsel anbelangt. Im letzten Dezember hat der Bundesrat ein Massnahmenpaket beschlossen. Er will Zölle für den Import von Industriegütern wie Autos, Haushaltgeräte oder Kleider aufheben und solche auf ausgewählte Agrargüter zumindest senken. Dadurch könnten Unternehmen und Konsumenten 900 Millionen Franken einsparen. Casimir Platzer begrüßt diesen Schritt, hält aber fest: «Das ist nichts im Vergleich zum Einsparpotenzial,

al, das die Fair-Preis-Initiative birgt - damit lassen wir uns nicht abspeisen.» Zudem führt der Abbau von Industriezöllen beim Bund zu Einnahmeausfällen von 500 Millionen. Die Initiative kostet den Bund hingegen nichts.

Offen ist, was Schneider-Ammann seinen Kollegen präsentiert und ob sich die Regierung tatsächlich für einen Gegenvorschlag aussprechen wird. Wenn nicht, dürfte das Parlament den Ball aufnehmen. Vorarbeiten dazu sind gemacht. Die Wirtschaftskommissionen beider Räte hatten vor drei Jahren einer parlamentarischen Initiative von alt Ständerat Hans Altherr zugestimmt, die der Fairpreis-Initiative ähnlich ist. Ein konkreter Umsetzungsvorschlag liegt vor, doch die Ständeratskommission hat die Arbeiten sistiert – weil sie erst wissen will, wie der Bundesrat zur Fairpreis-Initiative steht.

Bundesplatz

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Davon kann SBB-Chef **Andreas Meyer** ein Liedchen singen. Jüngstes Beispiel: Am Freitagabend stand die Zukunft der Bundesbahnen still. «Aufgrund technischer Probleme» war der Billettverkauf auf der SBB-Mobile-App «nur eingeschränkt möglich». Wer ein Ticket brauchte, musste an einen der immer selteneren Automaten oder Schalter. Und wurde dabei bestimmt von der verjüngten, alten Frau vom Plakat an die verheissungsvolle Zukunft erinnert: «Sie wollen das Billett nicht mit der App kaufen? So viel Zeit hätte ich auch gerne.»

Am Medien-Apéro der FDP-Spitze vom Donnerstagabend war neben Präsidentin **Petra Gössi** und Generalsekretär **Samuel Lanz** auch FDP-Fraktionschef **Beat Walti** vertreten. Der Zürcher verriet dabei eines seiner Geheimnisse. Gegenüber Kollegen trete er jeweils in einer Mischung aus Feldweibel und Feldprediger auf. Dass ihm der Feldprediger möglicherweise besser liegt als der Feldweibel, stritt Walti nicht vollständig ab. Werde der Feldweibel ernsthaft nötig – etwa, um die FDP-Schäfchen aus der Wandelhalle zum Abstimmen in den Saal zu bewegen – hole er jeweils Nationalrat **Christian Lüscher** zu Hilfe, den FDP-Vizepräsidenten.

Josef Felder sitzt seit April im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG – jener Firma, die er in früheren Jahren als CEO geführt hatte. Damals liess er sich jeweils einen Teil seines Bonus in Aktien anrechnen. Als er 2008 ging, war sein Anteil – laut «Newsnet» – 8 Millionen Franken wert. Dem neusten Geschäftsbericht ist nun zu entnehmen, dass Felder noch immer rund 5,2 Millionen am Flughafen hält. Verwaltungsrats-Präsident **Andreas Schmid** hält nur 20 Aktien. Mitleid braucht Schmid aber nicht: Beim Verkauf vom Airline-Caterer Gategroup an die chinesische HNA kassierte er als Firmenpräsident aufgrund seiner Anteile rund 13 Millionen.



Ivan Frédéric Knie führt seine Pferde durch die Manege. Diese Woche startet der Circus Knie seine Tournee in Rapperswil.

KEYSTONE

Aufgalopp in die Zirkussaison

Heute feiert der älteste Zirkus der Schweiz Premiere: Der Circus Nock startet am Samstag in Frick in seine 158. Saison. «Rasant, wild und sinnlich» soll es gemäss den Veranstaltern werden – mit Clowns, Wasserakrobaten und waghalsigen Motorradfahrern in einer Todeskugel. Es

werden nicht die einzigen Artisten bleiben: Weitere Zirkusse öffnen in den kommenden Tagen ihre Zelte für die Zuschauer. Der grösste Zirkus der Schweiz ist schon auf Tour. In Rapperswil startete der Circus Knie am Donnerstagabend in die Saison. Während Ivan Frédéric Knie ganz tra-

ditionell weisse Pferde durch das Sägemehl führt (siehe Bild), hielt Franco Knie Junior eine moderne Alternative bereit: Er schickte einen Drohnen Schwarm in die Manege. Die fliegenden Roboter zauberten ein Feuerwerk farbiger Lichtpunkte unter die Zirkuskuppel. (RED)

Vorbehalt gegen Person, die SDA-Streit schlichten soll

Marc Häusler, Regierungsstatthalter im Oberaargau, soll den Arbeitskonflikt der SDA schlichten. Sein Parteibuch sorgt für Unmut.

VON DENNIS BÜHLER

Seit drei Monaten schwelt der Arbeitsstreit bei der Schweizerischen Deutschenagentur (SDA), der Ende Januar in einem viertägigen Streik der Mitarbeiter gipfelte. Nun geht er in eine neue Runde: Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat diese Woche die drei Mitglieder der «Eidgenössischen Einigungsstelle zur Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten» auserkoren, die zwischen Belegschaft und Unternehmensführung schlichten sollen. Im

Dies geht aus einem Brief an die Streitparteien hervor, welcher der «Schweiz am Wochenende» vorliegt.

Zwei Mitglieder vertreten je eine Partei: Alexander Frei, Bereichsleiter Arbeitsrecht und -markt beim Arbeitgeberverband Basel, soll die Arbeitgeberseite vertreten; Irene Darwich, Zentralsekretärin bei der Gewerkschaft Syna, soll die Interessen der Arbeitnehmer wahren. Zu reden gibt der vorgesehene Vorsitzende des dreiköpfigen Gremiums: Marc Häusler, Regierungsstatthalter in der Berner Region Oberaargau – ein Mann mit SVP-Parteibuch.

«Parteibuch spielt keine Rolle»

Die SDA-Belegschaft ist besorgt, lehnt es doch just die SVP als einzige Partei kategorisch und geschlossen ab, die Nachrichtenagentur künftig mit staatlichen Geldern zu unterstützen. Im

Gespräch mit der «Schweiz am Wochenende» aber beschwichtigt Häusler: «Die Mitarbeiter brauchen sich nicht zu fürchten: Meine Parteizugehörigkeit spielt bei der Ausübung meiner Tätigkeit als Regierungsstatthalter keine Rolle. Und ich verspreche, dass sie dies auch in diesem Streitschlichtungsverfahren nicht tun wird.»

Als Regierungsstatthalter bildet er das Scharnier zwischen der Berner Regierung, den Gemeinden und deren Bewohnern, sagt der 41-Jährige. «Wann immer es Differenzen gibt, versuche ich, die zerstrittenen Menschen zusammenzuführen.» Von dieser Erfahrung werde er profitieren können, falls er tatsächlich als Vorsitzender im SDA-Streitschlichtungsverfahren eingesetzt werde. Bis kommenden Freitag können die Konfliktparteien Einsprache gegen die Zusammensetzung erheben.

Endgültig über die Zusammensetzung des dreiköpfigen Gremiums wird das Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Johann Schneider-Ammann befinden.

Schlichtungen meist erfolglos

Staatliche Streitschlichtungen kommen selten vor – und blieben in den vergangenen Jahren erfolglos. 2006 scheiterten Vermittlungsversuche im Streit um Gesamtarbeitsverträge im Coiffeur- und im Chauffeurgewerbe, 2014 konnte im Konflikt zwischen der Postgewerkschaft SAP und der Schweizerischen Post keine Lösung gefunden werden. «Das staatliche Streitschlichtungsverfahren stammt aus den Vierzigerjahren und wird heute nur noch selten durchgeführt», sagt Marc Häusler. «Glücklicherweise kommt es in der Schweiz selten zu Massenentlassungen.» Im Fall SDA werden 35,6 von 150 Vollzeit-

stellen gestrichen, alle über 60-jährigen Mitarbeiterinnen und über 61-jährigen Mitarbeiter werden entlassen und somit kurz vor dem Erreichen des ordentlichen Pensionsalters auf die Arbeitsvermittlungsstelle geschickt.

Zeitnahe Lösung angestrebt

Die Tatsache, dass der ausgebildete Mediator Häusler im Medienbereich noch nie geschlichtet hat, bezeichnet er selbst als Chance. «Es ist von Vorteil, dass ich unvoreingenommen von außen komme und Fragen stellen kann, die unbedarf ertreten mögen, die Konfliktparteien aber zum Nachdenken und Hinterfragen der eigenen Position zwingen werden.» Werde er zum Vorsitzenden ernannt, wolle er die Parteien möglichst rasch anhören und mit ihnen zeitnahe Lösungsvorschläge zur Beilegung des Konflikts erarbeiten.